

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtnachricht
Tageblatt Riesa.
Bernus Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Zirkel:
Riesa Nr. 52.

Nr. 186.

Dienstag, 12. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsunternehmungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung: Unterhaltungsbeiträge können Anspruch auf Riefierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Eupen-Malmedys Ruf.

Von Dr. Walter Dier.

Als der verstorbene Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Jahre 1925 den Westmächten das sogenannte Garantieabkommen vorkam, das später zum Vertrag von Locarno gefügt hat, erinnerte er die Unmöglichkeit Deutschlands, den Siegerstaaten des Westens gegenüber an den Grenzen, die der Versailles Friedensvertrag gezogen hat, irgendwie zu rütteln. Aus dieser Erkenntnis bot er den Westmächten das Garantieabkommen an, das die Grenzen im Westen ausdrücklich festlegt und Deutschland verpflichtet, nichts zu unternehmen, um diese Grenzen abzuändern. Für den Osten halten die Verträge Deutschland jedoch jede Möglichkeit offen, und es wird die Aufgabe der deutschen Außenpolitik in den nächsten Jahren sein, auf friedlichem Wege eine großartige Reform des unvollkommenen Friedenswerkes von Versailles durchzuführen. Die außenpolitische Lage Deutschlands: Bindung im Westen, Freiheit im Osten, entbehrt das deutsche Volk aber niemals seiner Pflicht, einem Diktator, der aus dem Westen kommt, sein Ohr zu öffnen.

Nirgends hat die gesamte Heimatpresse des an Belgien abgetretenen Gebietes von Eupen-Malmedy einen Appell an die belgische Regierung gerichtet, der von der deutschen Presse im allgemeinen kommentarlos wiedergegeben wurde. Damit ist jedoch den Deutschen in Eupen-Malmedy nicht geboten. Anders als in Elsaß Lothringen, in dem zweifellos in den Monaten der deutschen Revolution von 1918 bis 1919 die Volksmeinung für einen Anschluß an Frankreich war, hat das Volk des Landes von Eupen-Malmedy niemals einen Zweifel daran gelassen, daß es in der Lösung seines Mutterlandes vom Deutschen Reich ein schreiendes Unrecht und eine Vergewaltigung des Volkswillens sieht. Der von der gesamten Eupen-Malmedyer Presse der belgischen Regierung überreichte Appell betont daher auch ausdrücklich, daß wir Eupen-Malmedyer und unser Land unter Mißbrauch von Recht, Vertrag und Volkswillen belgisch geworden sind. Die belgische Regierung hat auf diesen Appell bisher keinerlei Antwort erteilt. Dies ist umso unverständlicher, als Belgien in diesem Jahr das Fest seines 100jährigen Bestehens als selbständiger Staat feiert und als Sidwort dieses Festes die Parole ausgegeben hat: Versöhnung zwischen Wallonen und Flamen. Da die Eupen-Malmedyer Deutschen als neues Volkselement in den belgischen Staat eingetreten sind, wäre es grotesk, wenn die Versöhnungsparole nicht auch auf die Eupen-Malmedyer Deutschen ausgebeutet würde.

Allerdings geht das Streben dieser abgesplitterten Deutschen weiter. Sie fordern das Ergebnis der Volksbefragung von 1920 an und es spricht für das Recht dieser Befragung, wenn die sozialistische und die bürgerliche Presse Eupen-Malmedys in vollkommener Einmütigkeit die Feststellung macht: Alle Welt weiß, und auch objektiv denkende Belgier geben zu, daß die Volksbefragung von 1920 eine Tragödie und daher als Voraussetzung für unsere Abtrennung vom Reich unbrauchbar war. Heute leugnet der belgische Staat allerdings, daß die damalige Abstimmung unter dem Druck der belgischen Majorität und auf Grund von gefälschten Listen stattgefunden hat. Eine historische Tatsache, deren sich die Deutschen von Eupen-Malmedy bisher noch nicht bedient haben, widerlegt auf das Schlagendste die jetzt vertretene belgische Auffassung. In den Jahren 1925 und 1926 fanden Besprechungen zwischen Dr. Gustav Stresemann und Mittelständlern der belgischen Regierung statt, die das greifbare Ergebnis zeitigten, daß Belgien unter Anerkennung des deutschen Charakters von Eupen-Malmedy bereit war, gegen die Zahlung einer Million Francs Eupen-Malmedy wieder an Deutschland zurückzugeben. Die Besprechungen fanden damals unmittelbar vor dem Abschluß eines Staatsvertrages zwischen Deutschland und Belgien. In diesem Augenblick griff jedoch Poincaré ein und die belgische Regierung brach die Verhandlungen ab. Das belgische Volk, das in diesem Jahre die Erinnerung an die Geburt der eigenen Freiheit feiert, sollte mehr als ein anderes Verständnis haben für das Selbstbestimmungsrecht der Eupen-Malmedyer Deutschen und ihre Sehnsucht, zum Reich zurückzukehren.

Allerdings wird sich nie etwas ändern, wenn der Stillschub aus Eupen-Malmedy in Deutschland nicht ein gewaltiges Echo auf allen Parteifronten findet. Der Augenblick für den Diktator der Deutschen Eupen-Malmedy, der aus innenpolitischen belgischen Gründen gewählt wurde, ist, um eine deutsche Unterstützung zu finden, in eine denkbar schlechte Zeit hinein erklungen. Das deutsche Volk führt einen Wahlkampf durch, in dem bedauerlicherweise zum ersten Mal seit 1919 lediglich innenpolitische Probleme im Vordergrund stehen und außenpolitische Besetzungen völlig vernachlässigt werden. Leider vergißt Belgien nicht darauf, die Zwangsbelgier Eupen-Malmedy auch innerlich zu Belgien zu machen. In Deutschland weiß man wenig von diesen Dingen. Die belgische Propaganda betont jedoch immer und immer wieder, daß die Viede der Eupen-Malmedyer ganz allein dem belgischen Staat gehören müsse, denn dieser sei nun ihr Vaterland. Zwar weiß das Deutschland in dem abgetretenen Gebiet die Auffassung zurück, daß dort ihr Vaterland sei, wo es ihnen vielleicht möglicherweise einmal gut gehen könne.

Die allbelgischen Kreise sehen nur, daß Eupen-Malmedy in Deutschland selbst fast völlig vergessen ist, und so erblicken sie ein langames Absterben der deutschen Widerstandskraft. Dem deutschen Staat sind durch die bestehenden Verträge die Hände gebunden. Das deutsche Volk und alle Organe der öffentlichen Meinung haben

Neue bürgerliche Einigungsverhandlungen.

(Berlin. Die mitgeteilt wird, finden heute abends Verhandlungen statt, deren Ziel die Zusammensetzung wichtiger Teile der bürgerlichen Front im Wahlkampf und nach den Reichstagswahlen im nächsten Reichstage ist. Es handelt sich darum, die Konservative Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei einander zu nähern. Für die Konservativen wird Minister Treviranus, für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz, für die Wirtschaftspartei der Abg. Sachsenberg an dieser Besprechung, der man in den beteiligten Kreisen mit Optimismus entgegensteht, teilnehmen. Man wird über die Möglichkeit einer Fraktionsgemeinschaft im nächsten Reichstage, vielleicht auch über einen gemeinsamen Aufruf für den Wahlkampf verhandeln.

Berlin. Die Verhandlungen, zu denen Reichsminister Treviranus, die Deutschen Volkspartei und die Wirtschaftspartei eingeladen hat, sollen Dienstag nachmittags stattfinden. Von volksparteilicher Seite wird hierzu erklärt, daß der Versuch, in diesen Besprechungen ein neues Parteibündnis zu gründen, aussichtslos sein müsse. Die Volkspartei ist entschlossen, selbständig und unbeschwert in den Wahlkampf hineinzugehen, nachdem ihre Bemühungen am vergangenen Donnerstag negativ zum Abschluß gekommen sind. Nach allgemeiner Auffassung in volksparteilichen Kreisen kann es sich bei den neuen Besprechungen höchstens darum handeln, die bisherigen isolierten Vereinbarungen über einen Burgfrieden während des Wahlkampfes zu vertiefen. Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, daß alle Bemühungen auf härteste Zusammenfassung der staatsbürgerlichen Kräfte nur dann von Erfolg begleitet sein können, wenn die Möglichkeit einer Einbeziehung der Deutschen Staatspartei auf gleichberechtigter Grundlage erhalten bleibt. Die Einladung von Treviranus ist übrigens an Dr. Scholz persönlich gerichtet, der also auch lediglich unter eigener persönlicher Verantwortung an diesen Verhandlungen teilnehmen wird.

Berlin. (Funkdruck.) In den angeführten neuen Besprechungen über ein Zusammengehen der Konservativen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei erhielt das Nachrichtenbüro des V.D., daß bis zu den Mittagsstunden Abg. Dr. Scholz noch keinerlei Einladung zu einer solchen Besprechung erhalten hatte und infolgedessen auch noch keine Stellung dazu nehmen konnte. Da der Abg. Sachsenberg von der Wirtschaftspartei erst am Nachmittag wieder in Berlin eintrifft, dürfte eine Besprechung, wenn überhaupt, frühestens am späten Abend oder erst am Mittwoch stattfinden können.

Ein bedeutender Schritt zur Einigung.

Die Mitteilung aus Stuttgart, daß die Organisationen der neuen Deutschen Staatspartei und der alten Deutschen Volkspartei daran arbeiten, für Württemberg und Baden gemeinsame Wahllisten aufzustellen, war für ganz Norddeutschland eine große Ueberraschung. Das freibleibende gesunkene Bürgertum war hier über die Verhandlungen, die Dr. Scholz mit dem preussischen Finanzminister Dr. Hopfer-Nichols führte, aufs tiefste enttäuscht. Was in Bremen und

jedoch die Pflicht, niemals die Erinnerung an das Eupen-Malmedyer Deutschum einschleifen zu lassen und immer wieder zu betonen, daß die Sache der Deutschen in dem an Belgien abgetretenen Grenzstreifen die Sache des deutschen Volkes ist. Nur so läßt sich die geistige Voraussetzung schaffen, aus der vielleicht doch einmal wieder die Staatsmänner beider Staaten zueinander finden, um das an Eupen-Malmedy getane Unrecht wieder gutzumachen

Der Reichspräsident in München.

München. (Funkdruck.) Reichspräsident von Emdenburg traf in Begleitung seines Sohnes, Oberleutnant von Emdenburg, heute vormittag 9.40 Uhr mit dem fahplanmäßigen Berliner Zug in München ein. Der Vertreter des Reiches, General Dr. Daniel von Deinhausen, und Polizeipräsident Koch empfingen den Reichspräsidenten, der sich kurze Zeit mit den Herren unterhielt und sich dann zum Kraftwagen begab, der ihn nach Hofbräuhaus bringen wird. Als der Reichspräsident der auf dem Weg an der Hauptstraße herrschenden vieltausendköpfigen Menge sichtbar wurde, erschollen dröhnende Hurras, die den Wagen begleiteten, bis er den Blicken entschwand.

Ultimative türkische Note an Berlin.

London. Die türkische Regierung hielt am Montag in Angora einen Ministerrat ab, um sich mit der persischen Antwort auf die letzte türkische Note wegen der Kurdenüberfälle an der persisch-türkischen Grenze zu befassen. Der Ministerrat beschloß, eine neue Aufforderung an die persische Regierung zu richten, geeignete Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Grenzübergriffungen durch die Kurden zu treffen. Die neue türkische Note wird in anderweitig

Norddeutschland nennlich ersicht, scheint jetzt in Süddeutschland Wirklichkeit zu werden. Wie ist das möglich?

In Württemberg arbeiteten seit einem Jahre in der Landesregierung die deutschen Volksparteiler und die Demokraten aufs engste zusammen. Persönlichen Antagonismus erdlicherer Stills gab es nicht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwangen vielmehr, alle politischen Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen, um der allgemeinen Wirtschaftskrise zu steuern. Dem neuen demokratischen Wirtschaftsminister Maier leisteten Volksparteiler und Demokraten in gleicher Weise treue Gefolgschaft. Die württembergischen Reichstagsabgeordneten Wieland (Dem.) und Rainath (Vp.) waren Freunde. Der Wunsch des Volkes auf Vereinfachung unseres Parteiensystems und nach Zusammenschluß des freibleibigen gesunkenen Bürgertums mußte deshalb in Württemberg ein besonders starkes Echo finden.

In Baden lagen die Verhältnisse schon schwieriger. Dort hatten sich unmittelbar nach Kriegsende die alte Fortschrittspartei und die Nationalliberale Partei zur Deutschen Demokratischen Partei zusammengeschlossen. Es gab zunächst nur wenige Außensteiter, aber gerade um sie kümmerte sich der „Brenn“ Dr. Curtius, der von Dr. Stresemann in das „Mutterland“ geholt wurde, um die Deutsche Volkspartei ins Leben zu rufen. Dr. Curtius hatte Erfolg, zumal ihm sein Freund Stresemann seinen besten Parteisekretär nach Karlsruhe setzte. Jahre hindurch wurde so der Bruderkampf im liberalen Lager zum Schaden beider Parteien mit seltener Heftigkeit durchgeführt. Erst im letzten Jahre trat hier ein Wandel ein, als nach den badischen Landtagswahlen Zentrum und Sozialdemokratie sich auf Kosten der beiden liberalen Parteien einigten und sie von der Regierung ausschlossen. Seitdem gibt es im Karlsruhe Runder eine demokratisch-volksparteiliche Arbeitsgemeinschaft. Reichsfinanzminister Dietrich hat jetzt Dr. Curtius die Führung einer badischen Einheitsliste angeboten und sich bereit erklärt, mit dem zweiten Blöge zufrieden zu sein. Für badische Verhältnisse ist das mehr als eine Geste. Möge sie auch im Reich verstanden werden.

Selbständiger Wahlkampf der Volkspartei.

Die Nationalliberale Korrespondenz, das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht unter der Überschrift „Die Deutsche Volkspartei selbständig im Wahlkampf“ einen Aufruf des Parteivorstandes Dr. Scholz, in dem es u. a. heißt, daß es jetzt nach dem Scheitern des Veruchs der Deutschen Volkspartei, eine bürgerliche Sammlung herbeizuführen, für die Deutsche Volkspartei gelte, unbeschadet etwaiger nach den Wahlen sich ergebender Möglichkeiten den Wahlkampf allein zu führen. Die Gefahr der Zerstörung alles bisher Erreichten durch die extremen Elemente rechts und links sei riesen groß. In diesem Abwehrkampf hätten Stimmen und Schlagworte keinen Raum. Es gelte vielmehr, die konkreten Aufgaben dem deutschen Volke vor Augen zu führen zur Durchführung der von der gegenwärtigen Regierung begonnenen großen Reform zur Wiederherstellung gesunder Grundlagen für Staat und Wirtschaft.

bestlichen Worten abgefaßt sein und innerhalb 48 Stunden eine Antwort von Berlin verlangen. Sie läuft praktisch auf ein Ultimatum hinaus. In politischen Kreisen Angoras verlangt noch nichts Näheres, ob und welche Maßnahmen der Ministerrat für den Fall beschließen hat, daß Berlin auch dieser Forderung nicht nachkommen sollte.

Berkschwörung gegen Stalin aufgedeckt.

* Paris. Wie hier bekannt wird, soll der gesamte Kommandostab des 18. Artillerieregiments der sowjetrussischen Armee wegen einer Verschwörung gegen Stalin verhaftet worden sein.

Stabantaischel meldet neue Erfolge.

* London. Nach einer amtlichen Erklärung der Kantina-Regierung haben die nationalen Truppen in der Provinz Schantung starke Erfolge zu verzeichnen. Stabantaischel versichert, daß die Hauptstadt von Schantung, Tsinanfu, innerhalb weniger Tage durch die Regierungstruppen besetzt werde und daß er innerhalb eines Monats in Beijing einrücke. Private Meldungen aus Tsinanfu besagen, daß die Truppen General Jeng sich vor den zahlenmäßig fast überlegenen Kantina-Truppen zurückziehen und gegenwärtig die Frontlinie erheblich verlagern. Ein weiterer Erfolg der Regierungstruppen wird von der Lungtai-Front berichtet. Dieser Erfolg steht aber im Gegensatz zu dem letzten Bericht Jengs, dessen Streitkräfte an der Lungtai-Flussbahn vorgerückt sein sollen. Wenn sich dieser Erfolg der Truppen Jengs tatsächlich bestätigen sollte, würde Stabantaischel annehmen sein, den gegenwärtig ausgeübten Druck in der Richtung von Tsinanfu erheblich abzumildern.